

Stiftung für VW-Aktionäre macht Druck auf die Politik

Um Klagen gegen den Konzern zu vermeiden, soll sich Niedersachsen mit Ministerpräsident Weil für einen Vergleich einsetzen. Derweil wird die neue Strategie 2025 vorgestellt.

Von Carsten Germis

HAMBURG, 15. Juni Eine Woche vor der Hauptversammlung von Volkswagen in Hannover machen kritische Anteilseigner mobil. Während der einflussreiche amerikanische Aktionärsberater Institutional Investor Service (IIS) den Aktionären empfahl, auf der Hauptversammlung am kommenden Mittwoch gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat zu stimmen, appellierte die Stiftung „Volkswagen Investors Claim“ an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD), sich für einen Vergleich zwischen dem Unternehmen und klagenden Anteilseignern und Kunden einzusetzen. Ein Vergleich, würde in sehr kurzen Zeiträumen und zu geringen Kosten abgewickelt, schrieb der Vorstandschef der Stiftung, Henning Wegener, in einem Brief an Weil, der dieser Zeitung vorliegt. Die streitigen Gerichtsverfahren, welche die geschädigten Investoren sonst einleiten müssten, würde Volkswagen deutlich teurer kommen und Jahre dauern, heißt es in dem Brief. Die Stiftung vertritt nach eigenen Angaben Investoren aus 26 Ländern mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 13 Milliarden Euro.

„Wir möchten VW zu einem Verhandlungsergebnis bringen, weil wir davon überzeugt sind, dass das am Ende auch das beste für das Unternehmen ist“, sagte Wegener dieser Zeitung. Die Stiftung setzt auf die Unterstützung durch Weil, weil das Land Niedersachsen, das mit 20 Prozent zweitgrößter Anteilseigner bei Volkswagen ist, als staatlicher Investor auch eine gesellschaftliche Verantwortung habe, „die weit über Kosten-Nutzen-Rechnungen und Opportunitätsstrategien hinausweist“. Beim Landgericht Braunschweig lagen im Mai bereits 114 Schadenersatzklagen von Kapitalgegnern gegen Volkswagen vor. Sie beklagen, dass das Unternehmen zu spät über die Folgen der Manipu-



Umbaumaßnahmen: Volkswagen steht vor tiefgreifenden Veränderungen in seiner Organisation.

Foto: Bloomberg

tion an Dieselmotoren und den Abgaskandal informiert habe – und sie dadurch Milliardenverluste erlitten.

Wegeners Stiftung hat ihren Sitz in Holland. Dort sind Stimmverfahren möglich, und sollte es zu einem Vergleich kommen, würde er in allen EU-Mitgliedstaaten gelten. Der österreichische Anwalt Eric Breiteneder, der als treibende Kraft hinter der Stiftung gilt, sagte, der Schaden für die Investoren durch den Abgaskandal bei VW sei offensichtlich. „Wir haben die Werkzeuge, das im Interesse beider Seiten zu lösen. Dazu brauchen wir aber auch den Willen des Gegners, und den sehe ich bei Volkswagen noch nicht.“ In seiner Klageschwärzung beim Landgericht Braunschweig schrieb das Unternehmen, VW habe bis zur Veröffentlichung erster Details des Skandals am 18. September 2015 „keinerlei Anzeichen für besondere relevante Informationen“ gehabt. Breiteneder hält dagegen: „Kapitalmarkt-

rechtlich ist relevant, was der Vorstand hätte wissen müssen.“ Und alles, was bekannt sei, zeige deutlich, dass dem Vorstand die Manipulationen „bereits 2008 bekannt gewesen waren – oder zumindest hätten bekannt sein müssen“. Wegener hofft auch deswegen auf ein Einlenken Weils, weil der Abgaskandal nicht nur juristisch, sondern auch moralisch zu werten sei. „Die Verantwortung des Landes als zweitgrößter Aktionär kann man nicht genug betonen“, sagte er. Auf die Hauptversammlung in einer Woche setze er aber keine große Hoffnung. Aufsichtsrat und Vorstand von Volkswagen richten ihr Augenmerk in diesen Tagen eher nach Amerika und auf die neue „Strategie 2025“, die Konzernchef Matthias Müller an diesem Donnerstag in Wolfsburg vorstellt. Eine Einigung in Amerika wird für den kommenden Dienstag erwartet, einen Tag vor der Hauptversammlung. Dann läuft für das Unternehmen die Frist für eine Ein-

igung auf einen Vergleich ab. Eine Einigung dürfte VW Milliarden kosten, würde aber Rechtsicherheit auf dem schwierigsten Markt bringen. Der Konzern hat für Bußgelder und Schadensersatz insgesamt rund 16,2 Milliarden Euro zurückgelegt. Auch wegen der Risiken durch den Abgaskandal treibt VW-Chef Matthias Müller den Umbau des Konzerns seit Monaten voran. Wenn er am heutigen Donnerstag die neue Strategie in Wolfsburg verkündet, wieder auch ein Ende der aggressiven Expansionsstrategie seines Vorgängers Martin Winterkorn verkünden. Wie am Mittwoch bekannt wurde, plant Müller, die fragmentierte Komponenten-Fertigung zusammenzufassen. Müller will den Konzern aus seiner bisher größten Krise herausführen und auf die Digitalisierung vorbereiten. Das sieht neben dem Einstieg in das Carsharing-Geschäft und Mobilitätsdienstleistungen auch den Ausbau der Entwicklung von Elektroautos vor.

„Der Weg in die neue Autowelt wird sehr viel Geld kosten“, sagte Müller bereits mehrfach. „Finanziert werden muss er mit den Einnahmen aus der Alten Welt“. Auch deswegen sind die Klagen gegen VW ein großes Risiko. Um Effizienzreserven zu heben, will der Konzern dem Vernehmen nach die Teilsparte der jeweiligen Marken in eine neue Gesellschaft überführen, die an über zwei Dutzend Standorten weltweit rund 70.000 Mitarbeiter beschäftigen würde. So könnte das Unternehmen die Kosten senken und die Effizienz mit einem Management und einer einheitlichen Strategie verbessern. Möglicherweise werde der Konzern auch sein Beteiligungsportfolio prüfen und Randgeschäfte verkaufen. Dazu gehörten die Motorrad-Marke Ducati oder das Turbo- und Dieselmotorgeschäft von MAN. Entscheidungen, ob und welche Bereiche verkauft werden sollen, seien aber noch nicht gefallen, heißt es.

Frankfurter Allgemeine

Gekauft, nicht investiert

Von Carsten Knop

Es ist gut, wenn sich die deutschen Unternehmen etwas trauen. Denn sie haben angesichts ihrer guten Ertragslage die Kraft dazu. Insofern ist es erfreulich, dass sich die breit aufgestellten 50 Unternehmen aus dem Börsenssegment M-Dax auf dem Markt für Unternehmensübernahmen und -beteiligungen im vergangenen Jahr so aktiv gezeigt haben wie seit 2007 nicht mehr. So kann man sich neue Märkte erschließen, lassen sich strategische Positionen ausbauen. Und vielleicht kann man so auch vermeiden, dass man selbst zum Übernahmekandidat wird. Das große Interesse nicht zuletzt der Chinesen an deutschen Unternehmen wie zum Beispiel dem Roboterhersteller Kuka zeigt gerade davon. Allerdings sollten die Unternehmen darüber nicht vergessen, dass ihr Heiß nicht nur in Übernahmen, sondern viel stärker noch in Investitionen in die Produktion und in Forschung und Entwicklung liegt. Dort aber darf man sich in Europa und auch in Deutschland erhebliche Steigerungen wünschen, die niedrigen Zinsen sollen schließlich dazu animieren. Dass die erhoffte Wirkung aber ausbleibt und das Heiß im Ausland gesucht wird, sollte den Politikern zu denken geben. Es könnte mit wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun haben, die aus Sicht der Unternehmen nicht attraktiv genug sind.

Ravensburger puzzelt

Von Susanne Preuß

Man kennt die Bilder von Kleinkindern, die routiniert mit einem Tabletcomputer spielen. Für die Strategien in einem traditionellen Spiekkonzern wie Ravensburger haben solche Bilder wohl etwas Erschreckendes: Wird künftig nur noch digital gepuzzelt, oder haben die unpraktischen 1000-teiligen Zeitsfresser aus Karton auch noch eine Zukunft? Ravensburger wird die eigenen Chancen ständig neu überprüfen müssen, wird mehr Flexibilität zeigen müssen. Und doch wirkt die Führung des Familienunternehmens erstaunlich gelassen – wahrscheinlich, weil man die wildes-